

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Dirk Löhr **3** Boden – die verkannte Umverteilungsmaschine
- Wolfgang Freitag und Max Danzmann **20** Die Wirtschaftspolitik Deutschlands zwischen Markt, Wettbewerb und Sozialprinzip am Beispiel ausgewählter Themen
- Jörg Gude **29** Für eine Anpassung gesetzlicher Zinssätze an die anhaltende Niedrigzinsphase
- Stefan Padberg **32** Europa neu denken und gestalten
- Thomas Betz **45** Europa und die Welt: Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel
- Edoardo Beretta **55** Paul Davidson und die Reform der internationalen Währungsordnung: eine Argumentation nach der Finanzkrise von 2008
- Niko Paech **60** Grünes Wachstum als Irrweg
- 65** Personalien – Berichte – Bücher

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Verlag für Sozialökonomie
Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice
Eilers Teich 4, 31139 Hildesheim
Telefon: 05121-2041974
eMail: info@rettberg-gauke.de
www.gauke.net

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studierende & Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis 15,00 EURO incl. MWSt. und Porto. Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Auslieferung und Inkasso: Schmidt & Klauinig
Ringstraße 19, 24114 Kiel
Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24
h.stamp@schmidt-klauinig.de

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.
Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude
Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

nach der Katastrophe zweier Weltkriege sollte zunächst im Westen und nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 auch im Osten ein „Gemeinsames Haus Europa“ entstehen. Und der Euro sollte als Gemeinschaftswährung die Menschen in vielen Ländern Europas wirtschaftlich eng miteinander verbinden.

Inzwischen sind die hohen Erwartungen einer allgemeinen Ernüchterung gewichen: Die bürgerferne Bürokratie in Brüssel weist beträchtliche Demokratiedefizite auf. Und die Austeritätspolitik, die als alternativloser Weg zur Stabilisierung der hoch verschuldeten Länder an der Peripherie Europas dargestellt wurde, hat durch ihre Einseitigkeit deren schwere wirtschaftliche Krise nur verschärft und verlängert. Zerfallserscheinungen wie der Brexit, das Wiedererstarken von Nationalismus und Separationsbewegungen zeigen: das große europäische Friedensprojekt ist ins Wanken geraten. Wie also soll es weitergehen mit Europa und dem Euro?

Kluge Gedanken hat sich hierzu der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister gemacht. Wir geben sie auszugsweise auf der Seite 2 wieder. Seine Kritik am „neoliberal-finanzkapitalistischen ‚Design‘“ des Euro ist berechtigt. Aber die Alternative dazu kann keineswegs nur in einer „Rückkehr ... vom finanzkapitalistischen System ... zu einer, allerdings neuen realkapitalistischen ‚Spielanordnung‘“ in Europa bestehen. Real- und Finanzkapitalismus sind unterschiedliche Entwicklungsstadien ein und derselben fundamentalen Fehlentwicklung – nämlich der kapitalistischen Deformation der Marktwirtschaft durch ein strukturell mächtiges Geld, durch Privilegien beim Zugang zum Boden und den Ressourcen und durch marktbeherrschende Mono- und Oligopolpositionen großer Konzerne. Europas Aufgabe könnte also darin bestehen, die unglückselige „Verschweißung“ von Marktwirtschaft und Ka-

pitalismus aufzulösen, indem es a) das Geld – in diesem Fall den Euro – strukturell reformiert und gemäß geldreformerischer Vorstellungen mit „künstlichen Durchhaltekosten“ (Gesell & Keynes) behaftet, indem es b) einen für alle Menschen gerechten gleichen Zugang zum Boden und zu den Ressourcen schafft und indem es gemäß der Ziele des ursprünglichen Ordoliberalismus eine faire Rahmenordnung für mono- und oligopolfreie Märkte einrichtet. In Anlehnung an Schulmeisters Begrifflichkeiten könnte es um eine „neue Spielanordnung“ mit einem „geld- und bodenreformerisch-ordoliberalen Design“ gehen. –

Die Frage nach der Zukunft Europas lässt sich freilich nicht beantworten, ohne mit zu bedenken, dass wir als Europäer nicht allein auf der Welt sind. Europa darf keine Festung werden, die gegenüber dem Rest der Welt die Fehler traditioneller nationalstaatlicher Politik fortsetzt. Exportsubventionen und Importzölle gehören da zu den offensichtlichsten Fehlleistungen. Wir sollten nicht vergessen: Im Laufe von 500 Jahren ist die ganze Welt zuerst durch von Europäern errichtete koloniale Machtsysteme und dann durch neokoloniale Abhängigkeiten in Unordnung geraten. Die heutigen Flüchtlingsströme nach Europa sind auch darauf zurückzuführen. Eine glaubwürdige Fluchtursachenbekämpfung könnte in einem ernsthaften Bestreben bestehen, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord und Süd und innerhalb Europas durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu überwinden und überall auf der Welt für gleiche Lebenschancen einzutreten. Das klingt heute noch utopisch, aber kein Geringerer als der berühmte britische Ökonom John Maynard Keynes hat bereits während des Zweiten Weltkriegs Grundlagen für eine gerechtere und friedlichere Weltwirtschafts- und Währungsordnung gelegt, an die wir hier erinnern wollen.

Werner Onken

Der Euro im Kreuzfeuer

„Neben dem Kampf gegen den Islam eint die rechten Parteien aller Euro-Länder nichts mehr als die Ablehnung der Europäischen Währungsunion: Der Euro trage die Hauptschuld an der Krise Europas ...; er bedrohe die Existenz der kleinen Leute und des Mittelstands. Die südeuropäischen Länder hätte man nicht in die Währungsunion aufnehmen dürfen. Nun müssten ‚wir‘ die Zeche zahlen. ... Aber auch bei den Linken steht der Euro keineswegs hoch im Kurs. Als Reaktion auf die Austeritätspolitik in Südeuropa fordern etwa Heiner Flassbeck, Wolfgang Streeck oder Oskar Lafontaine ein Ende der Währungsunion. Sie sei ein Instrument zur Durchsetzung der neoliberalen Umgestaltung Europas unter deutscher Führung. ... In ihrer Ablehnung des Euro kommen Rechtspopulisten und Linksintellektuelle also durchaus zu der gleichen Schlussfolgerung, nämlich zu einem Zurück zu einem Nationalstaat. Damit wird aber der Weg zu einem gemeinsamen und sozialen Europa ... blockiert. ...

Auslöser der Eurokrise war die Finanzkrise 2008. ... Das Fundament der Eurokrise ist nicht die Währungsunion ‚an sich‘, sondern ihr neoliberal-finanzkapitalistisches ‚Design‘. ... Nachdem auch die sozialdemokratischen Eliten mit dem Blair-Schröder-Kurs das neoliberale Glaubenssystem übernommen hatten, gingen die Christdemokraten den nächsten Schritt und forderten die ‚marktkonforme Demokratie‘ (Angela Merkel). Mit dieser Abkehr von ihren Grundwerten verloren beide Traditionsparteien Identität und Orientierung. ... Die ‚Verschweißung‘ von Euro und Neoliberalismus wurde zum Bumerang für die Eliten - die Ablehnung wuchs, die Rechtspopulisten fanden Gehör mit ihren Thesen: Nur im Nationalen habe das Soziale eine Heimat – und die EU zerstöre beides. ...

Eine Auflösung der Währungsunion würde Europa tatsächlich in einen Wirtschaftskrieg führen. ... Wenn ‚mehr Europa mehr neoliberales Europa bedeutet‘, beschleunigt das die Des-Integration Europas. Zurück in eine Welt, in der das Soziale im Nationalen beheimatet ist, geht es aber nicht. ... Aufklärung, Emanzipation, Menschenrechte, Sozialstaatlichkeit, Demokratie und Internationalismus gehören zusammen (‚Aufklärungssyndrom‘). Das ‚Gegen-Aufklärungssyndrom‘ bilden dagegen Nationalismus, Autoritarismus, entfesselter Kapitalismus und Rassismus. ...

Um diesem Zirkel zu entkommen, braucht es heute einen völlig neuen theoretischen Rahmen. ... Die realkapitalistische ‚Spielanordnung‘ zielt ab auf eine Integration von Polaritäten wie Ökonomie und Politik, Markt und Staat. Konkurrenz und Kooperation ... Das finanzkapitalistische System gibt hingegen jeweils einem Pol den Vorrang. Nur die Konkurrenz der Individuen auf deregulierten Finanzmärkten ermögliche die wirtschaftlich besten Lösungen. ... Doch dieses System hat als ‚Navigationskarte‘ ausgedient. Heute bedarf es dringend der Rückkehr zu einer, allerdings neuen realkapitalistischen ‚Spielanordnung‘ in Europa – mit massiven ökologischen und sozialen Schwerpunkten.“

Dr. Stephan Schulmeister, Das Richtige im Falschen – Verteidigen wir den Euro!,
in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7/2018, S. 51-52, 56-60 und 62.